

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-
Württemberg

SPD

KRAFTVOLL UND ENTSCHLOSSEN

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

seit etwas mehr als 100 Tagen ist die neue grün-rote Bürgerregierung nun im Amt. Wir sind die Projekte und Ziele, die wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, gemeinsam kraftvoll und entschlossen angegangen. Wir haben erste Akzente in Richtung der ökologischen und sozialen Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie für mehr Bürgerbeteiligung auf allen Entscheidungsebenen gesetzt. Damit haben wir trotz des inhaltlichen Dissenses um Stuttgart 21 unsere Regierungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Wir sind erste Schritte zur Schaffung bester Bildungschancen für alle gegangen. Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlungen ist ein Befreiungsschlag für Eltern, Lehrer und Schüler. Mit der Abschaffung der Studiengebühren ermöglichen wir allen Abiturienten eine faire und realistische Chance auf ein Studium.



WECHSEL HAT BEGONNEN

Von der Wirtschaft haben wir gute Resonanz auf unsere dialogorientierte Wirtschaftspolitik bekommen. Mit der Fachkräfteallianz haben wir eine zentrale Initiative bereits angepackt. Und wir machen ernst mit der nachhaltigen Konsolidierung des Landeshaushalts. Dabei sind etwa die 100 zusätzlichen Stellen in der Steuerverwaltung zur Steuerfindung und Betriebssprüfung nicht nur ein Beitrag zur Haushalts-sanierung, sondern endlich auch zu mehr Steuergerechtigkeit.

Auch auf Bundesebene hat sich Baden-Württemberg als durchsetzungsstark bewiesen: Wir haben einen maßgeblichen Anteil am endgültigen Atomausstieg und an der Einleitung der Energiewende. Nach dem ursprünglichen Vorschlag der Bundesregierung wären erst ab 2022 die vom Moratorium nicht betroffenen Kernkraftwerke abgeschaltet worden. Wir haben uns aber mit dem gestaffelten Ausstieg und konkreten Abschaltenden für jedes einzelne Kraftwerk durchgesetzt.

Wir haben mit der Regierungsbildung auch die Struktur für unseren Politikwechsel geschaffen. Mit dem Integrationsministerium wurde bundesweit einmalig dieses weitreichende Thema auf Regierungsebene verankert. Mit der Abschaffung des Gesprächsleitfadens im Einbürgerungsverfahren und der vorgesehenen Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht haben wir bereits wichtige Projekte angestoßen.

WEICHEN ZUM LANDESPARTEITAG

Das zeigt: Die neue Landesregierung ist voll im Schwung. Und dasselbe gilt für unsere Partei! Der SPD-Landesvorstand legt zum bevorstehenden Landesparteitag Mitte Oktober in Offenburg einen familienpolitischen Leitantrag vor, der unser Bild und unser Verständnis von einer „partnerschaftlichen Familie“ in Baden-Württemberg zeigt. Und wir stellen bereits jetzt die Grundzüge eines Arbeitsprogramms für die nächsten zwei Jahre vor, um allen Mitgliedern die Möglichkeit zu bieten, sich frühzeitig in den Diskussionsprozess hierzu einzubringen. Beide Initiativen findet ihr auf den nächsten Seiten dieser Vorwärts-Ausgabe, die daher dieses Mal auch „extra lang“ geworden ist. Außerdem geben wir euch einen breiten Überblick über all' das, was in unserem Landesverband derzeit zur viel diskutierten Parteireform läuft.

Ihr seht: Viel ist geboten. Ich freue mich auf eine diskussionsstarke Zeit nach den Sommerwochen! ■

Herzlich,
euer

Nils Schmid
Landesvorsitzender

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM SEPTEMBER

ZUM 80. GEBURTSTAG

an Gerhard Haass in Karlsruhe, Manfred Hauser in Stutensee, Wolf Theer in Mosbach, Kurt Kugler in Sternenfels, Helmut Bauer in Stuttgart, Walter Kaupp in Volkertshausen, Werner Nain in Bad Dürkheim, Wolfgang Maier in Konstanz, Helmut Weber in Esslingen, Otto Welker in Sindelfingen, Richard Hoffmann in Rheinau, Gertrud Hanicz in Plochingen, Philomene Prötsdorf in Kehl, Wiegand Oelze in Karlsruhe, Ottmar Nübling in Schopfheim, Paul Bauer in Königsbach-Stein, Willi Schnitzer in Reutlingen, Hans Uhse in Gengenbach, Hugo Grimm in Mauer, Georg Seitz in Burladingen, Emil Matthias Ludwig in Mosbach, Margot Pöhnitzsch in Bad Rappenau, Herbert Urban in Weinheim, Emanuel Enßlen in Laudenbach, Klaus Sterner in Rheinau, Karl-Heinz Wirth in Giengen und an Ralf Mauscherding in Triberg

ZUM 90. GEBURTSTAG

an Helma Wasmer in Waldkirch, Gerhard Neumann in Möhlin, Lisbeth Wurst in Stuttgart, Gerda Ayd in Heidelberg, Rudolf Schumann in Hafmersheim, Ursula Falkner in Schramberg, Elisabeth Gastel in Tettmann, Eugen Scheuermann in Rosengarten, Walter Schelling in Dußlingen, Ludwig Greber in Ringsheim, Hilde Bauer in Remchingen und an Elsa Fischer in Altlußheim

ZUM 91. GEBURTSTAG

an Walter Graul in Stuttgart, Gerhard Altmann in Stuttgart, Charlotte Maiwald in Weinheim, Hans Lachenmaier in Aitrach, Jakob Hohenadel in Weinheim, Helmut Epple in Schwäbisch Hall, Eugen Gültlinger in Oberderdingen, Josef Guba in Schwäbisch Gmünd, Helene Pilz in Konstanz, Karl Plisch in Waldbronn, Else Steinbach in Remchingen, Rudolf Hofmann in Erbach, Botho Hoppe in Leimen, Herbert Kiesewetter in Überlingen und an Artur Faber in Karlsruhe, zum 92. Geburtstag an Martha Faisst in Gengenbach, Marta Schaller in Weil am Rhein, Ernst Michalzik in Backnang und an Heinrich Utta in Pfalzgrafeweiler, zum 93. Geburtstag an Dora Bent in Wangen, Johannes Flamm in Kornwestheim und an Klara Landschuss in Beilstein, zum 94. Geburtstag an Erwin Prügel in Ditzingen, Josef Ziegler in Kraichtal, Friedel Siebert-Plön in Oberkirch und an August Seelinger in Mannheim, zum 95. Geburtstag an Lotte Lutz in Ostfildern und an Amalie Schubert in Kuchen und zum 97. Geburtstag an Paula Erlewein in Neckarsulm

ZUM 50. PARTEIJBILÄUM

an Hans Schmitt in Heidelberg, Egon Kämpler in Stuttgart, Ernst Weber in Beilstein, Werner Borho in Karlsruhe, Kurt Stober in Birkenfeld, Friedrich Kloppstein in Freiberg, Robert Baumstark in Stuttgart, Werner Schaffner in Stuttgart, Dieter Lamers in Jettingen, Manfred Kind in Esslingen, Raymond Kauer in Heilbronn, Dieter Tollkühn in Lauchheim, Willi Brüstle in Pforzheim, Conny Kenk in Umkirch, Paul Hampel in Pforzheim, Willi Fischer in Offenburg, Karl-Heinz Butz in Neulußheim und an Erich Hirth in Gaggenau

ZUM 60. PARTEIJBILÄUM

an Oskar Herr in Baden-Baden und an Werner Dittrich in Mannheim

Leitantrag für den Landesparteitag am 14./15. Oktober 2011

ZEIT FÜR FAMILIE

I. DIE PARTNERSCHAFTLICHE FAMILIE

Es ist Zeit für Familie in Baden-Württemberg. Es ist Zeit für ein Familienbild, das den Wandel der Familienstrukturen, die sich veränderte Form des Zusammenlebens aufnimmt und die althergebrachte Rollenverteilung überwindet. Wir nehmen wahr, dass nach wie vor gleichzeitig Familie eine prägende Bedeutung für den einzelnen Menschen und für unsere Gesellschaft hat.

Familie ist dort, wo Kinder sind, wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten und wo das menschliche Grundbedürfnis nach Verlässlichkeit, Annahme, Schutz und Orientierung in besonderer Weise erfahrbar wird. Das gilt für eheliche wie für nichteheliche Lebensgemeinschaften, das gilt für heterosexuelle wie gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, das gilt in Bezug auf leibliche Eltern, neue Lebenspartner oder auf Alleinerziehende.

Orientierung an der gesellschaftlichen Wirklichkeit

Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir schreiben den Menschen kein Lebensmodell vor – aber wir haben eine klare Vorstellung vom besonderen Stellenwert der Familie für die Eröffnung von Lebenschancen, für partnerschaftliche Erfüllung, für das geschützte und gelingende Aufwachsen von Kindern und für die Gewährleistung sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.

Wir sehen die Partnerschaftliche Familie als eine entscheidende Leitlinie unseres politischen Handelns in Baden-Württemberg. In der Partnerschaftlichen Familie erfahren Menschen neben Geborgenheit und Halt Orientierung und gegenseitige Unterstützung, verspüren Sicherheit und tragen Verantwortung füreinander.

Dafür braucht es Zeit und Unterstützung. Wir wollen auf dem Hintergrund unseres Bildes der Partnerschaftlichen Familie die Politik in Baden-Württemberg so weiterentwickeln, dass sie die familiären Lebensweisen und -wege von heute systematisch und strukturell fördert. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft müssen dazu die Rahmenbedingungen setzen. Ein Blick zu unseren Nachbarn Frankreich zeigt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann erfolgreicher gelöst werden und macht jungen Menschen den Wunsch nach eigenen Kindern leichter.

Richtige Rahmenbedingungen setzen

Familien brauchen materielle Unterstützung, Infrastruktur und Zeit füreinander. Wir wollen die richtigen steuer- und finanzpolitischen Anreize in Bund und Land, um Familien gezielt zu unterstützen. Wir wollen gute und verlässliche Betreuungs- und Bildungsangebote, um Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. Wir wollen familiengerechte, flexible Arbeitszeiten, um Benachteiligungen von Frauen in der Arbeitswelt entgegenzuwirken und echte Partnerschaft zu verwirklichen. Wir wollen generationenübergreifendes, bezahlbares Wohnen und häusliche Pflege fördern, um gemeinschaftliches Älterwerden zu ermöglichen.

Was wir wollen, sind gute Rahmenbedingungen für junge Paare und für Familien, die ihnen ermöglichen, ihr Lebensmodell zu verwirklichen. Wir wollen ihnen zuverlässige Bedingungen bieten, die sie nicht in ein bestimmtes Verhalten lenken. Dabei hilft unser Leitbild der Partnerschaftlichen Familie Raum und Zeit für Familie zu schaffen.

II. FAMILIEN FINANZIELL ABSICHERN

Partnerschaftliche Familien brauchen verlässliche finanzielle Grundlagen. Die Entscheidung für eine Familiengründung hängt oft auch davon ab, ob junge Menschen an eine sichere Zukunft glauben.

Steuerpolitik reformieren

Mit dem bisherigen steuerlichen Familienleistungsausgleich ist durch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ein System entstanden, durch das Eltern mit sehr hohem Einkommen eine höhere Entlastung erhalten als Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen. Wir halten dieses System nicht mehr für zukunftsfähig. Es muss abgelöst werden durch eine Regelung, die dafür sorgt, dass die steuerliche Entlastung nicht mehr mit steigendem Einkommen steigt.

Mit dem Ausbau von Rechtsansprüchen auf kostenlose oder kostengünstige Betreuungs- und Bildungsangebote kann der progressiv wirkende Freibetrag für Betreuung, Ausbildung und Erziehung abgesenkt werden. Einkommensschwächere Familien sind dabei stärker als bisher zu unterstützen.

Das bestehende System der Besteuerung von Ehegatten (Splitting) ist unabhängig vom Vorhandensein von Kindern und ermöglicht nicht die freie Entscheidung, auf welche Weise die Paare ihre Erwerbstätigkeit und ihre Familienarbeit aufteilen. Denn es begünstigt sehr stark eine Arbeitsteilung, bei der eine Partnerin oder ein Partner ein deutlich höheres Erwerbseinkommen hat – und diese Bevorzugung hängt ausschließlich vom Trauschein ab.

Deshalb unterstützen wir die Entscheidung der Bundes-SPD vom Hamburger Landesparteitag, hier zu einer entscheidenden Veränderung zu kommen: In Zukunft sollen die Partner individuell besteuert werden, wobei das gegenseitige Einstehen für den Unterhalt steuerlich berücksichtigt werden muss.

Eltern, die sich entschieden haben, gemeinsam einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und sich die Familienarbeit zu teilen, brauchen ein besonders flexibles Angebot an Kinderbetreuung. Dies erfordert häufig einen hohen finanziellen Aufwand, der sich durch die partnerschaftliche Teilung zwangsläufig ergibt. Deshalb wollen wir diese finanzielle Aufwendung bis zu einer Obergrenze als Werbungskosten anerkennen.

Die SPD Baden-Württemberg spricht sich in aller Entschiedenheit gegen die Einführung eines Betreuungsgeldes aus. Keinem Kind darf die Chance auf das Zusammensein mit anderen Kindern und Bildungserfahrungen in den ersten Jahren dadurch genommen werden, dass das Fernbleiben von einer Kindertagesstätte mit Geld „belohnt“ wird!

Elterngeld partnerschaftlich teilen – Ungerechtigkeiten beseitigen

Durch die Elternzeit und das Elterngeld des Bundes erhalten Väter und Mütter vor allem im ersten Lebensjahr ihres Kindes die Möglichkeit, sich partnerschaftlich um ihr Kind zu kümmern. In der Praxis nehmen jedoch nur etwa ein Viertel der Väter überhaupt Elternzeit und die meisten davon lediglich den Zeitraum von zwei Monaten, auf den die Mutter keinen Anspruch mehr hat, wenn sie bereits zwölf Monate Elternzeit erhalten hat.



Wir wollen das Elterngeld daher künftig so gestalten, dass die Elternzeit partnerschaftlicher als bisher aufgeteilt werden kann. Dabei muss eine flexible Regelung die verschiedensten von Eltern gewünschten Kombinationen der Arbeitszeit ermöglichen; zum Beispiel auch die Inanspruchnahme des Elterngelds bei gemeinsamer Teilzeitarbeit.

Die von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Regelung, dass das Mindestelterngeld bei bedürftigen Familien auf das ALG II angerechnet wird, dies aber weiterhin den nicht erwerbstätigen Partnern auch in Familien mit sehr hohem Einkommen zusteht, ist sozial ungerecht. Dieses Auseinanderklaffen muss wieder beseitigt werden.

Wohnraumförderung neu ausrichten

Familien haben besondere Wohnbedürfnisse, insbesondere in der Gründungsphase, aber auch im Hinblick auf die älter werdende Gesellschaft. Wir wollen die Wohnraumförderung des Landes so ausrichten, dass am Wohnungsmarkt benachteiligte Gruppen auf besonders schwierigen Wohnungsmärkten sozial gebundenen und vergünstigten Wohnraum geboten werden kann. Wir werden künftig einen Förderschwerpunkt im Mietwohnungsbereich im Verhältnis 4:1 zur Eigentumsförderung setzen, was vorrangig Familien zu Gute kommt.

Diese Neuausrichtung geht einher mit der räumlichen Fokussierung auf Projekte in den Bal-

lungsräumen. Gerade dort gibt es wenige angemessene und bezahlbare Mietwohnungen, was Familienbildung erheblich erschwert.

Wir streben an, die Mittel für die Wohnraumförderung zu erhöhen, zum Beispiel indem wir die Zweckbindung der Rückflüsse aus Darlehen stärker berücksichtigen. Die Kommunen sollen wieder die Möglichkeit bekommen, bei Bedarf die Zweckentfremdungsverordnung und die Kündigungsfrist anzuwenden.

Die Landeswohnraumförderung muss zudem den Herausforderungen des demografischen Wandels – zum Beispiel durch mehr Barrierefreiheit bei Neubauten und Sanierungen – stärker Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang muss auch das KfW-Programm „Altersgerecht umbauen“ nach 2011 verlässlich fortgeführt werden.

III. ARBEITSWELT GESTALTEN, UM PARTNERSCHAFT ZU ERMÖGLICHEN

Lebenspartner müssen Familie sowie Beruf und Karriere tatsächlich partnerschaftlich teilen können. Beide wollen sich in ihrem Beruf verwirklichen, sich qualifizieren und aufsteigen. Dabei benötigen sie genügend Ressourcen, sich gemeinsam um die Erziehung der Kinder und den familiären Alltag zu kümmern. So können sie Freude und Belastungen in der Familie teilen.

In den letzten zehn Jahren haben Veränderungen am Arbeitsmarkt zu Schiefen geführt, die vor allem zu Lasten von Frauen mit allen negativen Auswirkungen auf Familien und Partnerschaften gehen. Im Schnitt kam es zu keinen nennenswerten Lohnzuwächsen; bei den unteren Einkommensgruppen sogar zu merklichen Einkommenseinbußen.

Gute Arbeit schaffen

Wir wollen mit einer Reform der Arbeitswelt gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung. Wir wollen mehr Anreize für reguläre und sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse schaffen und den Niedriglohnssektor zurückdrängen. Das ist auch ein wichtiges Element der Familienpolitik; denn Paare in prekären Beschäftigungsverhältnissen verzichten häufig darauf, ihren Kinderwunsch zu realisieren oder verschieben ihn.

Deshalb wollen wir flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne von mindestens 8,50 Euro einführen. Deshalb wollen wir die ausufernden Mini- und Midijobs einschränken, indem wir die wöchentlich zulässige Arbeitszeit für diese Jobs wieder begrenzen und Lohndumping verhindern. Deshalb wollen wir die gesetzlichen Befristungsmöglichkeiten für Arbeitsverträge wieder auf die wirklich begründeten Fälle beschränken. Und deshalb wollen wir den gerade in Baden-Württemberg ausufernden Missbrauch in der Leih- und Zeitarbeit bekämpfen. Für uns gilt: Gleicher Lohn für gleiche Leistung – für Frauen und Männer, aber auch für Stammbesitzer und Leiharbeiter!

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland 23 Prozent weniger als Männer. Baden-Württemberg liegt mit einem Lohnabstand von 28,5 Prozent bundesweit sogar an der Spitze dieser Einkommensungleichheit. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass Frauen für gleichwertige Arbeit noch immer deutlich weniger verdienen. Wir wol-

len endlich Lohngleichheit schaffen. Der Mindestlohn hilft dabei, weil viele Frauen immer noch in strukturell gering bezahlten Bereichen arbeiten. Weil freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft gescheitert sind, wollen wir ein Entgeltgleichheitsgesetz im Bund durchsetzen, um die gleiche Bezahlung durchzusetzen.

Um Zeit für Partnerschaftliche Familie zu schaffen, müssen flexible Arbeitszeitformen wie Langzeitkonten, partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit und Telearbeit ausgebaut bzw. durchgesetzt werden. Wir wollen den Beschäftigten einen rechtlichen Anspruch auf befristete Teilzeit geben, die von der Stundenzahl her der Vollzeit nahe kommt. Gleichzeitig wollen wir im Teilzeitbereich gleichen Lohn, gleiche Qualifizierungsmöglichkeiten und gleiche Aufstiegschancen von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten durchsetzen. Das Land wird hier – auch gemeinsam mit den Kommunen – das Leitbild der Partnerschaftlichen Familie in seiner Personalführung berücksichtigen und so deutliche Zeichen einer neuen Kultur des Miteinanders von Arbeitgeber und Arbeitnehmer anstreben.

In kaum einem anderen europäischen Land gibt es so wenige Frauen in Führungspositionen. Die freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden hat daran nichts gebessert. Wir treten daher auf Bundesebene für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft inklusive einer Mindestquote von 40 Prozent Frauen für Vorstände und Aufsichtsräte ein.

Wir setzen uns für Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in Politik und Verwaltung ein.

IV. FAMILIE UND BERUF VEREINBAREN

In erster Linie sind Frauen aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten oftmals gezwungen, ihre Vollzeitbeschäftigung aufzugeben, was zu Abhängigkeit vom Partner sowie zu Einbußen bei den Rentenansprüchen führt. Dies entspricht nicht unserem Bild der Partnerschaftlichen Familie.

Es ist es an der Zeit, die politischen Prioritäten vorrangig auf den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zu legen. Nur so erreichen wir, dass Familie und Beruf vereinbar werden und alle Kinder die besten Startchancen bekommen.

Bildung und Betreuung ausbauen

Wir brauchen den Ausbau einer finanzierbaren und qualitativ hochwertigen Betreuung, Erziehung und Bildung insbesondere im frühkindlichen Bereich. Wir wollen einen „Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern“, der zwischen dem Land, den kommunalen Landesverbänden und den verantwortlichen Trägern der Kindertageseinrichtungen vereinbart wird. Bestehende sinnvolle Projekte und Modelle werden in ein Gesamtkonzept überführt und flächendeckend umgesetzt.

Neben dem Ausbau von Ganztagsangeboten wollen wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz von 1 bis 3 Jahren ab dem Kindergartenjahr 2013/14 sicherstellen. Sofern z. B. in Ballungszentren die angestrebte Versorgungsquote von 34 % nicht ausreichend ist, muss der Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder weiter vorangetrieben werden. Aufgrund des dramatischen Fachkräftemangels müssen dafür mehr pädagogische

Fachkräfte – insbesondere auch junge Männer – gewonnen werden; unter anderem durch mehr Plätze an Fachschulen, mehr Studienplätze für Frühpädagogik an Hochschulen und den Ausbau der Fort- und Weiterbildungsangebote.

Wir werden den Orientierungsplan verbindlich einführen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, insbesondere hinsichtlich der Fachkraft-Kind-Relation, der Arbeitszeit der Erzieherinnen und Erzieher und Einrichtungsleitungen sowie der Qualitätsmessung und -entwicklung. Darüber hinaus werden wir den Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention auch in der Bildung und Betreuung konsequent umsetzen (Inklusion).

Unsere Kindertageseinrichtungen werden wir schrittweise zu Kinder- und Familienzentren ausbauen. Die Kooperation von Kindergarten und Grundschule wollen wir verbessern und dabei die Erfahrungen aus den „Bildungshäusern“ allen Einrichtungen zukommen lassen. Dabei stärken wir auch die Zusammenarbeit mit den Eltern. So organisieren wir soziales Lernen aller Beteiligten.

Neben dem quantitativen Ausbau und qualitativen Verbesserungen ist uns Gebührenfreiheit bei der Kinderbetreuung wichtig. Vor dem Hintergrund der bestehenden Finanzierungslücken wollen wir zunächst den qualitativ hochwertigen Ausbau voranbringen. Bei den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden streben wir eine Vereinbarung an, dass Kindergartengebühren in Zukunft in allen Gemeinden sozial gestaffelt werden. Mittel- und langfristig halten wir an unserem Ziel gebührenfreier Krippen und Kindergärten fest.



Gemeinschaftsschulen und Ganztages-schulen schaffen

Zur Sicherung wohnortnaher und damit familienfreundlicher Schulstandorte und zur optimalen individuellen Förderung werden wir unser Modell der Gemeinschaftsschule umsetzen; vor Ort und gemeinsam! Ganztagschulen wollen wir als Lern- und Lebensort ausbauen und damit Familien entlasten. Schulsozialarbeit wollen wir in Verantwortung des Landes flächendeckend ausbauen.

Übergänge ins Berufsleben verbessern

Junge Menschen haben ein Recht auf allgemeine und berufliche Bildung. Eine berufliche Ausbildung im dualen oder im schulischen System ist Grundlage für eine gelingende soziale Integration und für ein eigenständiges und unabhängiges Leben – und damit auch zentrale Voraussetzung zur Gründung einer Familie und zur Entscheidung für Kinder. Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien gehören zu den am stärksten vernachlässigten Zielgruppen. Damit alle ausbildungs-

Leitantrag für den Landesparteitag am 14./15. Oktober 2011

bereiten jungen Menschen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung erhalten, benötigen sie qualifizierte Unterstützung und Begleitung. Alle jungen Frauen und Männer sollen durch ein vom Land koordiniertes Programm unter Beteiligung der Sozialpartner und Verbände die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Dazu sind die berufsvorbereitenden Angebote der Berufsschulen, der Jugendberufshilfe sowie Angebote der assistierten Ausbildung und der Teilzeitausbildung weiterzuentwickeln und auszubauen.

V. FAMILIEN MIT RAT UND TAT ZUR SEITE STEHEN

Familien in Baden-Württemberg sind vielfältig. Für die verschiedenen Lebensweisen, -wege und -abschnitte brauchen sie Rat, Hilfe und Unterstützung; die einen mehr, die anderen weniger. Eltern müssen insbesondere darin unterstützt werden, dass Kinder und Jugendliche zu starken und eigenständigen Persönlichkeiten heranwachsen.

Dabei kommt es gerade auf den Anfang an. Wir wollen neue Impulse bei den Frühen Hilfen setzen und die Hilfen für alle Familien durch die Arbeit von Familienhebammen und die Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE ausbauen. Gleichzeitig müssen die Ressourcen von Familien gestärkt werden, wie dies in Eltern-Kind-Zentren oder Familienzentren der Fall ist. Der Nachfrage nach Orientierung und Stärkung von Familien durch Eltern- und Familienbildung vor Ort wollen wir bedarfsgerecht begegnen. Wir wollen die vorhandenen Strukturen und vielfältigen Angebote der Träger von Familienbildung, -beratung und -erholung verlässlich ausgestalten. Und wir stehen für den Erhalt und Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.

Familien in schwierigen Lebenslagen und besonderen Belastungssituationen brauchen die Solidarität von Staat und Gesellschaft. Wo Eltern mit der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder überfordert sind oder gar das Wohl des Kindes gefährdet ist, brauchen wir öffentliche Angebote der Jugendhilfe. Die Familienunterstützenden, -entlastenden oder auch -ersetzenden Leistungen der Erziehungshilfe sind bedarfsgerecht vorzuhalten und weiterzuentwickeln. Mit den verantwortlichen kommunalen Gebietskörperschaften wollen wir dafür sorgen, dass Beratungsangebote und ambulante und stationäre Hilfen den bedürftigen Kindern, Jugendlichen und deren Familien zur Verfügung stehen und die Hilfen angemessen finanziert werden. Zum Schutz der Kinder und zur Unterstützung von Eltern müssen die Regelungen des Kinderschutzes ausgebaut werden.



Kinderarmut bekämpfen

Auch in unserem Land leben Kinder in Armut. Es gilt, die Ursachen für Kinderarmut zu bekämpfen und gleichzeitig Kinder für ihr späteres Leben stark zu machen. Ursache für Kinderarmut ist oft, dass Eltern wegen fehlender Betreuungsangebote keine oder keine ausreichende Erwerbstätigkeit annehmen können – dies darf in Zukunft so nicht mehr vorkommen. Neben besseren Bildungschancen brauchen wir hierfür auch ein effizienteres Familienfördersystem.

Dazu gehören für uns ein flächendeckendes Beratungssystem, der Ausbau des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung sowie die stärkere Unterstützung von Alleinerziehenden. Hierbei bauen wir auf die Erfahrungen der Alleinerziehendenprojekte in Baden-Württemberg auf.

Denn während sich Paare Aufgaben und Einkommen teilen können, müssen alleinerziehende Eltern mehrere Rollen gleichzeitig erfüllen und ihren Lebensunterhalt allein verdienen. Ihr Armutsrisiko hat sich in den letzten Jahren nachweislich erhöht. Deshalb wollen wir die Familienförderung für Alleinerziehende ausbauen, speziell ausrichten und eigenständige Kinderregelsätze schaffen. Außerdem fordern wir, Alleinerziehenden einen Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung zu geben und ihre Betreuung in den Arbeitsagenturen und Jobcentern zu spezialisieren.

Im Zuge des schwarzgelben Sparpaketes hat sich der Bund aus der Familienförderung weiter zurückgezogen. Wir wollen gerade bei Familien mit sehr jungen Kindern Sorge tragen.

Mit einem reformierten Landeserziehungsgeld werden wir einkommensschwachen Familien mit Kindern in Baden-Württemberg bis zu einem Alter von 13 Monaten besonders unterstützen.

Wir werden einen Armuts- und Reichtumsbericht mit besonderem Fokus auf Kinderarmut einführen, um so ein Instrument für eine zielgerichtete Bekämpfung von Kinderarmut zu haben.

Familien mit Migrationshintergrund unterstützen

Baden-Württemberg ist das Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Viele Familien leben und arbeiten seit Jahrzehnten und in nunmehr vierter Generation in unserem Land. Ihr wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Beitrag zum Wohlstand verdient unsere Achtung und Anerkennung. Diese Vielfalt ist Stärke und Potential für unsere gemeinsame Zukunft. Im Interesse der Familien und unseres Landes gilt es, ihnen in den Bereichen der Bildung, der Arbeit und der Wirtschaft mehr Beteiligung und Teilhabe zu ermöglichen.

Kinder mit Migrationshintergrund haben das Recht auf gleiche Startchancen. Um gleiche Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen, müssen diese Familien deshalb unterstützt und Kinder gezielt gefördert werden.

Genau hier setzt unsere Bildungspolitik der Chancengleichheit an; mit Ganztagesangeboten und früher Förderung. Dabei ist Sprache nach wie vor der Schlüssel zu Integration und Teilhabe. Wir wollen konsequente Sprachförderung in allen Formen der Kinderbetreuung; zum einen integriert in den Kindertagesstättenalltag, zum anderen bei Bedarf ergänzt durch individuelle Sprachförderung,

die dann gegebenenfalls in der Grundschule fortgeführt wird. Auch Sprachkurse für Eltern wie „Mama lernt deutsch“ werden wir fördern.

Die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die unsere Schulen ohne einen Abschluss oder nur mit dem Hauptschulabschluss verlassen, ist signifikant höher als bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund. Diese unbewusste Diskriminierung wollen wir bekämpfen. Erfolgreiche Programme wie die Bildungspaten wollen wir stärken und die Förderung des Übergangs von Schule in den Beruf verbessern.



Die beruflichen Qualifikationen der Einwandernden werden in Deutschland zu wenig anerkannt. Damit fördern wir die prekären Verhältnisse für Familien mit Migrationshintergrund. Des Weiteren können wir es uns aus wirtschafts- und fiskalpolitischer Sicht nicht leisten, auf diese Ressourcen zu verzichten. Es besteht bereits ein Fachkräftemangel, welcher aus dem eigenen Land nicht allein beglichen werden könnte. Die Reform des Bundesanerkennungsgesetzes für berufliche Abschlüsse und das dafür notwendige Landes- anerkennungsgesetz bieten uns die Chance, wirtschaftliche Sicherheit und das Ausschöpfen der wirtschaftlichen Potentiale zu fördern. Hier müssen wir im Interesse der Familien und der Wirtschaft tätig werden.“

Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund wollen ihren Lebensabend in ihrer neuen Heimat bei den Kindern und Enkelkindern verbringen. Der Anspruch auf kultursensible Pflege muss daher in der Pflegeberatung und durch die Angebotsstruktur zur Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit garantiert werden. Wir wollen, dass sich in unserem Land alle Menschen, die bei uns viele Jahre gearbeitet und gelebt haben, auch im Alter zu Hause fühlen.

Regenbogenfamilien anerkennen

Regenbogenfamilien sind auch in Baden-Württemberg keine Ausnahme mehr. Deutschlandweit gibt es derzeit rund 700 000 Kinder in Lesben-, Schwule-, Bi- und Transsexuelle (LSBT) Familien. Wir wollen diese „anderen“ familiären Lebensweisen in der Gesellschaft als selbstverständlich etablieren.

Die Stiefkindadoption ermöglicht den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern, Verantwortung

für ein Kind zu übernehmen. Wir fordern daher ein Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartneränderungen im Hinterbliebenengesetz sowie steuerliche Gleichstellung.

VI. GEMEINSAM ÄLTER WERDEN

Es gehört zu unserem Bild der Partnerschaftlichen Familie – dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartnerinnen und -partner oder Generationen füreinander eintreten –, dass Menschen gemeinsam älter werden können. Für uns ist dies keine Vorstellung von gestern, sondern ein fortschrittlicher Gedanke in einer differenzierten Gesellschaft. Ältere Menschen können durch ihre Erfahrung und ihre Zeit Familie und Gesellschaft bereichern – und dadurch selbst Teilhabe erfahren. Immer mehr Menschen suchen nach alternativen Wohnmöglichkeiten. Sie wollen in Gemeinschaft mit älteren und jüngeren Menschen wohnen und sich in der Gemeinschaft engagieren. Wohnprojekte für gemeinschaftliches generationenübergreifendes Wohnen bei gegenseitiger Unterstützung wollen wir fördern.

Dass der demografische Wandel Familien aber auch vor neue Herausforderungen stellt, ist unbestritten; ob in psychischer, sozialer, zeitlicher, räumlicher oder finanzieller Hinsicht. Insbesondere die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den kommenden Jahren erheblich ansteigen. Prognosen gehen davon aus, dass 2030 in Baden-Württemberg mehr als 350.000 Menschen pflegebedürftig sein werden.

Reform der Pflegeversicherung

Angehörige wollen ihre Partner, Eltern und Großeltern und auch Freunde gut versorgt wissen. Pflegebedürftige möchten so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit bei ihrer Familie verbleiben können – und pflegende Angehörige wollen Familie und Beruf vereinbaren. Daher ist eine umfassende Reform der Pflegeversicherung gerade aus familienpolitischer Sicht essentiell. Zu dieser Reform gehört vor allem, Pflegepersonen zu entlasten, denn ohne dieses Engagement stünde unsere Gesellschaft vor noch größeren Herausforderungen.



Pflegepersonen brauchen mehr Unterstützung für kleinere Auszeiten und erweiterte Ansprüche auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege. Hierzu wollen wir die Ansprüche von 1 510 Euro auf 3 020 Euro für acht Wochen je Kalenderjahr erhöhen. Angehörige sollen analog zum Kinderkrankengeld bei zum Beispiel plötzlich eintretender

Pflegebedürftigkeit oder veränderter Pflegesituation einen Anspruch auf Lohnersatzleistung für die bis zu zehn Tagen bestehende Freistellungsmöglichkeit beanspruchen können.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir einen Rechtsanspruch auf ein flexibles Zeitbudget von 1000 Stunden einführen. Es soll mit einem Anspruch auf Lohnersatzleistung verbunden sein. Der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin muss während dieser Phase ein Recht auf Kündigungsschutz haben. Pflegezeiten sollen rentenrechtlich höher bewertet werden. Bei zunehmend brüchigen Erwerbsbiografien schaffen wir damit neben dem Elterngeld erneut eine Brücke über eine Lücke im Lebenslauf, die von der Solidargemeinschaft getragen besonderen Lebenssituationen Rechnung trägt.

Darüber hinaus wollen wir gewährleisten, dass Pflegebedürftige und pflegende Angehörige umfassend und aufsuchend Beratung erhalten. Deshalb wollen wir die wohnortnahe, trägerunabhängige Pflegeberatung durch Pflegestützpunkte und andere Beratungsstellen ausbauen.

Außerdem werden wir einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einführen, denn das bisherige Verständnis trägt insbesondere den Bedürfnissen von Menschen mit so genannter eingeschränkter Alltagskompetenz kaum Rechnung

Einführung einer Bürgerversicherung Pflege

Nur eine solidarische und nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung garantiert, dass sich Menschen auf die Leistungen der Versicherung verlassen können. Bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit darf niemand ins Abseits geraten.

Wir wollen die solidarische und paritätische Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung ausbauen.

Wir wollen eine Bürgerversicherung Pflege einführen. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir in der Finanzierung ein gerechtes System, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht, die Bemessungsgrundlage verbreitert und die Lasten fairer verteilt.

Wir wollen eine einkommensabhängige Finanzierung der Pflegeversicherung, in die alle gerecht entsprechend ihres Einkommens einzahlen, an der sich die Arbeitgeber paritätisch beteiligen und in der die unterschiedliche Risikoverteilung zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung ausgeglichen wird.

VII. STÄRKUNG DES EHRENAMTLICHEN ENGAGEMENTS

Baden-Württemberg braucht eine neue, an den vielfältigen Lebensrealitäten von Eltern und Kindern orientierte Familienpolitik. Für uns ist die Partnerschaftliche Familie im 21. Jahrhundert der Ort, wo Menschen unterschiedlicher Generationen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen. Dabei spielt insbesondere auch das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement eine wesentliche Rolle für diesen sozialen Zusammenhalt. Wir wollen dieses Engagement aufnehmen, unterstützen und befördern. Wir setzen uns dafür ein, dass politisches Ehrenamt so ausgestaltet wird, dass es familienfreundlich ist.

Dazu gehört zum einen, die Potentiale des Alters zu nutzen. Gerade im Bereich der Pflege und der ehrenamtlichen Kinderbetreuung können ältere Menschen eine große Stütze für Familien sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, generationenübergreifende Freiwilligendienste in der Ver-



antwortung der Länder, Kommunen und der freien Wohlfahrtspflege zu verstetigen und Infrastruktur wie Seniorenbüros und Seniorenbereitungen auszuweiten. Dazu gehört zum anderen, die Teilhabe von jungen Menschen zu stärken; zum Beispiel durch mehr Beteiligungsrechte. Wir wollen Partizipationsformen wie Jugendgemeinderäte aufwerten und das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken.

Und dazu gehört vor allem, die Begegnung zwischen den Generationen zu fördern; etwa durch die Stärkung des Sports als Teil unserer Alltagskultur, aber auch durch innovative konzeptionelle Ansätze wie Mehrgenerationenhäuser. Gerade in diesen Häusern wird eine Vielzahl von gesellschaftspolitischen Aufgaben im Ehrenamt wahrgenommen; von der Kinderbetreuung bis hin zu Angeboten für Senioren und Familien. Das Bundesprogramm zur Förderung dieser Häuser muss daher im Herbst dieses Jahres mit einer Anschlussfinanzierung versehen und weiterentwickelt werden.

Mut machen

Die SPD steht für einen Aufbruch in der Familienpolitik in Baden-Württemberg. Wir sorgen dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen und sich die Partner gemeinsam an der Familienarbeit beteiligen. Wir arbeiten daran, dass die Arbeitswelt familienbewusster wird. Wir unterstützen Familien gezielt finanziell und verbessern die Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von klein auf.

Wir wollen Mut machen, Zeit für Familie zu nehmen und Partnerschaftliche Familien in unserem Land zu gründen. ■

Vorgelegt zum Landesparteitag am 14./15. Oktober 2011

ARBEITSPROGRAMM DES SPD-LANDESVERBANDS 2011–2013

MOTIVATION UND STRUKTUR

Die Mitglieder unserer Partei erhalten durch die Formulierung eines Arbeitsprogramms die Möglichkeit, an der Festlegung der inhaltlichen Leitlinien des SPD Landesverbands für die kommenden zwei Jahre mitzuwirken, sowie Ideen zur Umsetzung der Diskussion einzubringen.

Im Rahmen der Erstellung und des Beschlusses des Regierungsprogramms wurden umfangreiche inhaltliche Diskussionen geführt unser landespolitischen Ziele für die nächsten fünf Jahre festgelegt. Vieles davon findet sich im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung wieder. Die Diskussion des Arbeitsprogramms auf dem Landesparteitag bildet den Auftakt für die inhaltlichen Diskussionen der kommenden zwei Jahre und für das Ausfüllen unserer Rolle als Regierungspartei.

Die Gliederungen haben über den Sommer die Möglichkeit, sich in den Diskussionsprozess einzubringen, indem sie das Arbeitsprogramm beraten und sich in den Diskussionsprozess einbringen. Es muss sichergestellt werden, dass dies auch für Mitglieder ohne „Internetaffinität“ möglich ist. Durch die geänderten Antragsfristen können diese bereits früh in den Gliederungen zur Verfügung gestellt werden.

Das Arbeitsprogramm legt einerseits die inhaltlichen Schwerpunkte fest, skizziert aber auch andererseits die Umsetzung der Diskussionsprozesse innerhalb der Partei und darüber hinaus. Partei, Landtagsfraktion und Regierungsmitglieder bringen sich gemeinsam ein und erarbeiten Ideen zur Verzahnung von Partei, Fraktion und Regierung.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

In den kommenden zwei Jahren werden wir uns fokussiert mit zwei inhaltlichen Schwerpunkten beschäftigen. Wir schlagen folgende inhaltliche Schwerpunkte vor:

- (Dezentrale) Energieversorgung und Wirtschaftspolitik: Gemeinsam mit unserem Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid wollen wir den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg als Partner der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der verantwortlich handelnden innovativen Unternehmen in unserem Land gestalten und stärken. Dabei setzen wir auf die Wachstums- und Zukunftsfelder, wie z. B. Energie- und Umwelttechnik. Wir wollen eine weitgehend dezentral aufgebaute Energiewirtschaft, bei der große Energieversorger, Stadtwerke und Strom erzeugende Bürgerinnen und Bürger partnerschaftlich und gleichberechtigt eine stabile und preiswerte Stromversorgung sicherstellen. Dazu bedarf es neuer Kooperationen bei Bau und Betrieb der vorhandenen Netze sowie neuer Netzstrukturen (Verstärkung der Mittel- und Niederspannungsnetze). So schaffen wir die Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb unter den zahlreichen kleinen, mittleren und kleinsten Energieeinspeisern der Zukunft, die Strom auf Basis von Kleiner und Großer Windenergie, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie, Biomasse und Mini-Blockheizkraftwerken erzeugen. Wir setzen auf den Dialog

mit den Akteuren, insbesondere auch auf kommunaler Ebene, z.B. in Form von Zukunftskongressen sowie regionalen und lokalen Wirtschaftsdialogen.

Wir setzen für uns eine bezahlbare Energie, insbesondere für Geringverdienerinnen und Geringverdiener ein. Darüber hinaus wollen wir die Auswirkungen der Energiewende auf die individuelle Nutzung prüfen.

- Bildung: Unser zentrales landespolitisches Thema ist Bildung. In Regierungsverantwortung haben wir nun die Gestaltungsmöglichkeit, unsere bildungspolitischen Überzeugungen umzusetzen. Wir werden den Prozess des längeren gemeinsamen Lernens, die Überwindung verkrusteter Strukturen und die Erneuerung der schulischen Ausrichtung regelmäßig mit den Mitgliedern der SPD Baden-Württemberg diskutieren, neue Wege beleuchten und den Sachverstand unserer Mitglieder einbeziehen.

Darüber hinaus werden wir uns mit dem Thema der Medien- und Netzpolitik beschäftigen. Wir werden den mit der LDK 2.0 begonnenen Dialog im Rahmen des Forums Netzpolitik fortsetzen.

Die derzeitige Schuldenkrise in der Europäischen (Währungs-)Union macht deutlich, dass wir Sozialdemokraten und verstärkt dafür einsetzen müssen, dass unsere Forderung, dass die Mitgliedsstaaten mehr als eine gemeinsame Währungspolitik verbinden muss, um zukunftsfähig zu sein. Wir werden hier den Diskussionsprozess zur Zukunft der Europäischen Union aktiv begleiten.

Bei der Diskussion dieser Themen setzen wir auf den Sachverstand unserer Mitglieder, das Wissen aus den Ministerien, der Fraktionen und der kommunalen Verantwortungsträger. Regelmäßig werden wir im Rahmen von Landesvorstandssitzungen einzelne Schwerpunktbereiche diskutieren. Wir werden uns aber auch für externen Sachverstand öffnen und in Kooperation mit der Landtagsfraktion Fachtagungen durchführen. Wir werden zuhören, diskutieren und dann Entscheidungen treffen.

MITGLIEDERPARTEI – REGIERUNGSPARTEI

Die SPD in Baden-Württemberg steht in der Tradition einer starken Mitgliederpartei, die aktive Beteiligung ermöglicht. Wir nehmen unsere Mitglieder ernst und sind uns der Herausforderung bewusst, dass vor allem in „schnellen“ Regierungszeiten unsere Mitglieder stets beteiligt und informiert werden. Wir werden unsere Mitglieder daher regelmäßig über einen Email-Newsletter über die aktuellen Themen und Aktivitäten der Landtagsfraktion und Landesregierung informieren.

Der SPD Landesverband veranstaltet regelmäßig mitgliederoffene Diskussionsveranstaltungen zur Verzahnung von Landtagsfraktion, Regierungsmitgliedern und Partei. Die Mitglieder der SPD Baden-Württemberg erhalten auf diesem Weg die Möglichkeit, sich über die aktuellen Themen von Fraktion und Regierung zu informieren und diese zu diskutieren.

Wir richten eine zentrale Emailadresse ein, an die sich Mitglieder bei Anregungen und Fragen

wenden können. Die Anfragen werden dann zielgerichtet weitergeleitet. Wir setzen uns das Ziel, dass Emailanfragen von Mitgliedern innerhalb von zwei Werktagen beantwortet werden.

PARTEIREFORM

Die SPD Baden-Württemberg bringt sich aktiv in den Diskussionsprozess um die Reform der Partei ein. Dies gilt auch über den Bundesparteitag im Dezember hinaus. Insbesondere werden wir aber auch dafür Sorge tragen, dass die Beschlüsse des Bundesparteitags in der Partei kommuniziert werden. Wir unterstützen Kreisverbände und Ortsvereine dabei, wenn diese sich für innovative Ansätze bei der Einbindung von Mitgliedern, aber auch von Nichtmitgliedern, entscheiden.

LANDESVORSTAND

Wir werden den Landesvorstand als inhaltliches Gremium stärken. Dazu werden wir regelmäßig externe und interne Referenten zu aktuellen politischen Themen in den Landesvorstand einladen. Die Ergebnisse der Diskussionen werden festgehalten und den Mitgliedern des erweiterten Landesvorstandes zur Verfügung gestellt. Erarbeitete Diskussionspapiere können die Grundlage für Anträge des Landesvorstands zu den Landesparteitagen darstellen.

Die Mitglieder der Landesregierung berichten in den Landesvorstandssitzungen regelmäßig über die aktuellen Themen und Entwicklungen der Landespartei.

Für jedes SPD-geführte Ministerium sowie für strategisch zentrale andere Themenbereiche werden wir einen Fachbeirat einrichten, der jeweils von einem Landesvorstandsmitglied verantwortlich geleitet wird. Dem Fachbeirat sollen jeweils angehören: Der/die Minister/in sowie vertretungsweise Staatssekretär/innen oder Ministerialdirektor/innen, die zuständigen Sprecher/innen der Landtagsfraktion, Vertreter/innen der Kreisverbände und der Arbeitsgemeinschaften und weitere vom Landesvorstand benannte Personen. Dabei sollen neben internen auch externe Experten/innen – beispielsweise aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden – einbezogen werden. Zielsetzung muss hierbei sein, inhaltliche Kompetenz aus Partei, Landtagsfraktion und Regierung sowie externe Expertise zusammenzuführen und Regierungspolitik konkret vorzubereiten und zu begleiten.

WEITERE ARBEITSFELDER DES ARBEITSJAHRES 2011–2013

Das Arbeitsjahr 2011 bis 2013 umfasst auch die Vorbereitung der Bundestagswahl 2013, sowie der Kommunal- und Europawahl 2014. Wir werden frühzeitig diskutieren, wie wir uns vor allem thematisch für diese Wahlen aufstellen. Dies bedeutet für uns auch, das Wahlergebnis der Landtagswahl 2011 zu analysieren, um daraus Lehren für die zukünftige Aufstellung der SPD Baden-Württemberg zu ziehen.

Darüber hinaus stehen wir an der Seite der Kreisverbände und Ortsvereine, wenn es darum geht, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen zu finden.

Unser Beitrag zur Parteireform



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

in der letzten Ausgabe hatten wir Euch informiert, was wir in Baden-Württemberg zur Parteireform planen. Nämlich eine ganze Menge! Im Juli und August fanden Regional-Konferenzen in allen Landesteilen statt. In vielen Ortsvereinen, Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften wird diskutiert – über das „heiße Eisen“ Vorwahlen, darüber, ob wir uns nicht lieber um Inhalte statt unsere Organisation kümmern sollten – und generell was es heute heißt, „auf der Höhe der Zeit“ (Willy Brandt) zu sein. In dieser Beilage geben wir Euch einen Einblick in die Diskussion. Vielen Dank allen, die sich bislang eingebracht haben.

Wer Veränderung will, muss die Herzen und Hände vieler erreichen. Da ist es schädlich, wenn alles in der Zeitung steht, bevor die Partei informiert wird. Da schadet auch der Zeitdruck, der über Sommer so wenig Raum für Beratungen lässt. Und Basta-Attitüden helfen sicher auch nicht. Reform ja – aber nicht so? Ich sehe immernoch eine große Chance, fast eine Notwendigkeit in der Reform. Ich will mehr Mitsprache der Mitglieder, mehr Beteiligung von Nichtmitgliedern, weniger Gremien, in denen wir uns mit uns selbst beschäftigen. Deshalb ist mein Anspruch: Nicht (nur) meckern, sondern besser machen. Jetzt einen ordentlichen Startpunkt setzen, denn Reform und Diskussion müssen sowieso weiter gehen.

Lasst uns die kommenden Wochen also zu intensiver Diskussion nutzen. Und lasst uns zwischendurch auch immer einmal – frei nach Hermann Hesse – das Unmögliche denken, damit wir das Mögliche erreichen können.

Herzliche Grüße von
Lars Castellucci
Stv. Landesvorsitzender
Mitglied der Organisations-
politischen Kommission
der Bundes-SPD

VON EINER PARTEI, DIE SICH AUSZOG, UM SICH ZU REFORMIEREN ODER: EIN BLICK IN DIE SEELE DER SPD

„Das ist mindestens die zehnte so genannte Parteireform, die ich im Laufe meiner Mitgliedschaft erlebe und ich fürchte, dass so viel dabei heraus kommt, wie sonst auch – nichts.“ Dieses ironisch-desillusionierte Statement eines verdienten Mitglieds veranschaulicht die Meinung vieler Mitglieder, die am zentralen Treffen der SPD in Nordwürttemberg in Heilbronn zusammenkommen. Die große Mehrheit der Anwesenden sieht eine Parteireform als ständigen Prozess, in dem man Dinge wie „Mitgliederpflege“, „Mitgliederinformation“ und „Partizipation“ (wieder) groß schreibt. Bemängelt wurde, dass man überregionale und regionale Zusammenkünfte außerhalb von Landesparteitagen zu selten veranstaltet – diese sollen vor allem an Inhalte geknüpft werden (ähnlich wie bei „Gesellschaft 2.0“). Bei den Strukturen wurde eher für Transparenz als für eine Verengung der Parteispitze und deren Gremien plädiert: „Während bei Nominierungen

Nichtmitglieder mitentscheiden sollen, wird die viel entscheidungsträchtigere Aufstellung der Landesliste nach wie vor im Hinterzimmer zelebriert – das passt doch nicht zusammen“. Auch gewisse Mindestvoraussetzungen für Ämter oder Mandate wurden ins Spiel gebracht: „Es würde der Bodenhaftung manches Funktionärs oder Mandatsträgers gut tun, wenn er die (vorherige) Ausübung eines kommunalen Mandates vorweisen kann, bevor er sich auf Landes-, Bundes- oder Europaebene bewirbt“. Was man während der gesamten Veranstaltung deutlich spürt: Auch, wenn manche verärgert und gereizt sind, vor allem aufgrund der Art und Weise und der Gehetztheit der Debatte – fast alle Teilnehmer haben konstruktive Vorschläge, um die Partei nach innen und nach außen wieder attraktiver, lebendiger und glaubwürdiger zu machen. ■

Thorsten Majer,
Mitglied der Steuerungsgruppe
Parteireform in BaWü



Thorsten Majer, Mitglied
der Steuerungsgruppe
Parteireform in BaWü

EURE MEINUNGEN UND VORSCHLÄGE SIND WILLKOMMEN

SPD Landesverband
Baden-Württemberg
Steuerungsgruppe
Parteireform
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel.: (0711) 61936-0
Mail: bawue@spd.de

Internet: <http://blog.spd-bw.de/kat/parteireform/>

Hinweis: Die Mitglieder der Steuerungsgruppe sind gerne bereit, in den Ortsvereinen mit den Genossinnen und Genossen über die Parteireform zu diskutieren.

VIELE FRAGEN ODER: VORWAHLEN UND DIALOG UND WAS ES DAMIT AUF SICH HAT

Eigentlich eine schöne Situation: Für ein öffentliches Amt wie zum Beispiel Bürgermeister oder Landrat stehen mehrere Kandidierende zur Verfügung. Der Ortsverein oder Kreisverband sucht sich die geeignetsten aus und dann kommt die schwere Entscheidung: Wer soll es werden? Bei mehreren gleich guten doch derjenige, der die besten Wahlchancen hat. Doch wer ist der oder die Richtige? Es gibt immer einige, die das vor der Wahl genau wissen und viele, die das nach der Wahl auf jeden Fall besser gewußt haben. Warum also nicht gleich die Wählerinnen und Wähler entscheiden lassen, wen sie wählen würden?

Werden dadurch Mitgliedsrechte beeinträchtigt? Das letzte Wort haben immer die Mitglieder.

Müssen wir jetzt alle Vorwahlen durchführen? Nur wer will, soll die Möglichkeit dazu bekommen.

Wie können „Maulwürfe“ vermieden werden? Die SPD-Gliederung (Ortsverein, Kreisverband) stellt die Kandidierenden auf, nicht jeder kann kommen und für die Vorwahl antreten.

Und warum das Ganze? „Die da oben, die machen doch sowieso was sie wollen“, das ist wohl einer der häufigsten Sprüche, wenn nachgefragt wird, warum sich so wenige für Politik interessieren. Demokratie lebt vom Mitmachen; um so

mehr jeder selbst entscheiden kann, um so interessanter wird auch das Zuhören. Dialog heißt Wechselrede: Mandatsträger und Funktionäre müssen zuhören, aber auch die Wahlberechtigten. Nur dann ist Austausch möglich.

Klare Voraussetzungen:

- öffentliches Amt
- mehrere geeignete Kandidierende
- die Gliederung will eine Vorwahl durchführen
- die SPD-Gliederung stellt die Kandidierenden auf
- die Vorwahl wird nach den Statuten durchgeführt
- die Mitglieder entscheiden als letzte Instanz, ob sie den Wahlsieger nominieren

Karin Schuster



Nils Schmid

„Die SPD ist eine Partei mit einer stolzen Geschichte. Wir mussten unseren Namen nie ändern. Dennoch haben wir uns häufig verändert, um – wie es Willy Brandt formulierte – stets auf der Höhe der Zeit zu sein. Ich möchte, dass unsere SPD sich weiter öffnet und mehr Menschen mitnimmt – auch durch Vorwahlen unter Beteiligung von Nichtmitgliedern.“



„Es ist doch schon mal ein Fortschritt, dass die Regionalkonferenz dieses Mal vor den Entscheidungen stattfindet und die Meinung der Mitglieder aufnimmt und nicht erst danach, um Schon-Beschlossenes zu verkünden. Das zeigt, dass die Parteireform sich selbst ernst nimmt.“

Esther Strube

GUTE UND KONSTRUKTIVE DISKUSSION IN RAVENSBURG

Nach der Vorstellung zum aktuellen Stand der Diskussion wurde im Plenum diskutiert. Eindeutig war die Zustimmung zu mehr Entscheidungsmöglichkeiten bei Personal- und Sachfragen durch Parteimitglieder. Hier wurde auf die positive Erfahrung wie bei der Wahl des Landesvorsitzenden 2009 hingewiesen. Das Verfahren, das in Baden-Württemberg angewandt wurde, wird gegenüber der Mitgliederbefragung zur Wahl des Bundesvorsitzenden 1993, besonders durch die Zweitstimme, gelobt.

Zum umstrittenen Thema Vorwahl machte Gerhard Böhmner aus Tübingen einen Vorschlag: Diejenigen, die das Recht zur Personalentscheidung tragen,

sollten entscheiden, ob ein Vorwahlverfahren durchgeführt wird oder nicht. In diesem Falle müsste zum Beispiel der Bundesparteitag entscheiden, ob es eine Vorwahl zur Aufstellung des/der KanzlerkandidatIn gibt – nicht der Parteivorstand. Es war eine Tendenz spürbar, die Möglichkeit von Vorwahlen zuzulassen, solange die Mitglieder das letzte Wort haben und klare Regeln möglichen Missbrauch verhindern. Zunächst aber sollten die Mitgliedsrechte gestärkt werden.

Alle Veränderungen in den Gremien sollten die Beteiligungsmöglichkeiten auch von „einfachen“ Mitgliedern stärken, etwa indem der Bundesparteitag vergrößert wird. Der Vorschlag eines Länderrats, der den Parteirat ersetzen

soll und in dem überwiegend Funktions- und MandatsträgerInnen vertreten sein würden, wird dagegen negativ bewertet. Dem Vorschlag, den Bundesvorstand moderat zu verkleinern, wurde zugestimmt, wobei dessen Arbeitsfähigkeit im Vordergrund stehen muss. Der Vorschlag einer Mindestgröße von Ortsvereinen wurde klar abgelehnt. Veränderungen in den Parteistrukturen müssten mit den Betroffenen, nicht gegen sie erreicht werden. ■ *Elfriede Behnke*



WORLD-CAFÉ IN KARLSRUHE UND MURMELRUNDEN IN MANNHEIM

Neue Veranstaltungsformate, damit alle etwas beitragen können



Elfriede Behnke

Auch in Nordbaden wurde zur Parteireform rege diskutiert. In Mannheim nahm beispielsweise Konstanze Wegner, ehemalige Bundestagsabgeordnete, wie gewohnt kein Blatt vor den Mund und befand die Reform als „so unnötig wie ein Kropf“. „Wir lechzen nach Inhalten“, so ein weiterer Debattenbeitrag, der die Zweifel auf den Punkt brachte, ob eine Organisationsreform der SPD überhaupt weiterhelfen könne. Besonders umstritten war der Vorschlag, Nicht-Mitglieder über Vorwahlen an der Auswahl von Kandidaten für öffentliche Ämter zu beteiligen. Wer in der Partei Mitglied werde, tue dies aus Überzeugung und auch, um Einfluss zu nehmen und mitzuentcheiden. Mitglieder und Nicht-Mitglieder dürften sich nicht nur dadurch unterscheiden, dass die einen Mitgliedsbeitrag bezahlen und die anderen nicht. Die Anerkennungskultur für die Aktivitäten unserer Mitglieder müsse gestärkt werden. Die stärkere Beteiligung der Mitglieder wurde gefordert;

durch mehr Urwahlen und Abschaffung des Delegiertensystems auf Kreisebene. Ein Ende der „Basta-Kultur“ wurde gefordert. Vor Landes- und Bundesparteitagen sollen verpflichtend Keisparteitage stattfinden. Die SPD solle sich aber auch für Unterstützer öffnen, den offenen Dialog suchen und gemeinsam in Projekten arbeiten. Gewerkschaften könnten Antragsrecht erhalten. Hinsichtlich der Gremien wurde gewarnt vor möglichen Doppelstrukturen, wenn neben Arbeitsgemeinschaften zusätzlich Themenforen und Projektgruppen entstehen. Und in Sachen Gleichstellung gingen einige Vorschläge klar über das vorgelegte Diskussionspapier hinaus: Die SPD solle weiblicher werden durch mindestens 50 Prozent Direktkandidatinnen. Gefordert wurde ein gezieltes Frauenförderprogramm sowie eine Doppelspitze für Bund und Länder, die auch für die unteren Gliederungen ermöglicht werden solle. Schließlich war eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Ebenen, der

Funktions- und Mandatsträger, ein wichtiges Anliegen. Auch die Verbindlichkeit von Parteitagsbeschlüssen solle gestärkt werden. Die Meinungsbildung der MandatsträgerInnen solle gemeinsam mit der Basis erfolgen. Diese müsse nachvollziehbar sein und erklärt werden. Eine stärkere Einbindung der Ortsvereine in Meinungsbildungsprozesse sowie die Öffentlichkeit von Abstimmungsverhalten wurden gefordert. ■

Elfriede Behnke



„Mehr Demokratie mit und in der SPD. Lust machen, sich einzubringen. Wir wollen mehr Engagierte gewinnen und mehr Kampagnenfähigkeit.“

Katja Mast, MdB





Hendrik Bednarz

„Zurück zur Volkspartei!
Die SPD sollte sich weniger mit sich selbst und ihren Gremien beschäftigen. Stattdessen muss sie anfangen, sich wieder mehr um die Bürgerinnen und Bürger zu kümmern, die sie vertreten möchte. Dies erfordert im Kern einen Prozess des Umdenkens bei Verantwortungsträgern und Mitgliedern unserer Partei. Die Parteireform kann diesen Prozess nicht ersetzen, muss ihn aber unterstützen. Ich meine, dass die SPD keine Angst vor dem Willen der Bürgerinnen und Bürger haben darf. Vielmehr sollte sie diese stärker an Willensbildungsprozessen beteiligen.“

SÜDBADEN SIEHT CHANCEN IN DER PARTEIREFORM

In vier Arbeitskreisen diskutierten die Teilnehmer/innen der beiden Regionalkonferenzen in Singen und Freiburg wesentliche Aspekte der geplanten Parteireform: Die Beteiligung von Nichtmitgliedern, die Stärkung von themenorientierten Angebotsformen, Service und Unterstützung für die Gliederungen sowie die Frage, in welcher Form Bündnispartner zukünftig in die SPD-Arbeit eingebunden werden sollen.

In engagierten Diskussionen formulierten die über 120 Teilnehmer/innen ihre Forderungen, Meinungen und Anliegen.

Die Genoss/innen aus Südbaden wollen die Parteireform – sie wollen aber auch „Herren im eigenen Haus“ bleiben. Eine Beteiligung von Nichtmitgliedern in der SPD halten sie für richtig, mit einer Beteiligung von Nichtmitgliedern an Personalentscheidungen jedoch tun sich viele schwer. Sie fordern, dass die letztgültige Entscheidung in Personalfragen immer bei den Mitgliedern verbleiben und ein Missbrauch der Beteiligung weitgehend ausgeschlossen werden müssen.

Viele Ortsvereine brauchen Unterstützung. Eine administrative Entlastung, die



mehr Zeit und Energie für die inhaltliche Arbeit und Mitgliederbetreuung lässt, wird von vielen Genoss/innen befürwortet. Ebenso fordern sie eine bessere hauptamtliche Unterstützung und mehr Fortbildungen.

Die Beteiligung von Bündnispartnern (z. B. Gewerkschaften) an der Parteiarbeit durch die Gewährung eines Rede- und Antragsrechts halten viele Genoss/innen für den richtigen Weg. Bei vielen Gliederungen wird dies sowieso schon so gehandhabt. Wichtiger war aus diesem Arbeitskreis die Erkenntnis, dass derzeit mehr die Frage diskutiert werden müsse, wer denn heute die strategischen Bündnispartner der SPD sind bzw. sein sollten.

Die Jusos wünschen sich mehr basisdemokratische Elemente und forderten unter anderem, zukünftig mehr Mitglieder- und weniger Delegiertenversammlungen durchzuführen.

Positiv vermerkt wurde von einer Teilnehmerin, dass die Partei die Parteireform ernst nimmt. Dies lasse sich daraus ableiten, dass die Regionalkonferenz dieses Mal vor den Entscheidungen stattfindet und die Meinung der Mitglieder aufnimmt. ■

Klaus Eisenhardt



Gerhard Boemler

„Mit der Öffnung nach aussen, indem wir Nichtmitgliedern die Gelegenheit geben bei Nominierungen mitzuwirken, zeigen wir, dass die alte Tante SPD eigentlich eine junge moderne Frau ist – offen, dynamisch und selbstbewusst. Allerdings sollten wir dafür sorgen, dass die Mitglieder vor Ort dabei das letzte Wort haben. Dann haben sie durch die Öffnung nicht weniger, sondern mehr Rechte. Das ist dann das neue ‚Mehr Demokratie wagen‘.“



„Ich bin der Überzeugung: Die Parteireform ist notwendig. Aber sie reicht natürlich alleine nicht, unsere SPD für die Zukunft gut aufzustellen. Wir haben ein gutes Grundsatzprogramm. Wir hatten 2009 und 2011 gute Regierungsprogramme. Dennoch fragen die Menschen und auch viele Mitglieder: Wofür steht die SPD? Mit klarer Orientierung schafft auch die schlechteste Organisation Bemerkenswertes. Umgekehrt kann auch die beste Organisation nicht helfen, wenn die Richtung nicht klar ist. Da müssen wir ran.“

Lars Castellucci

MITMACH- STATT MISCHMASCH-PARTEI JUSOS UND STRUKTURREFORM

In ihrem Leit Antrag zur letzten LDK haben die Jusos Stellung zur Strukturreform bezogen. Ein Wandel, um in Zukunft attraktiv für die Menschen zu sein, ist notwendig. Ideologien, die Glorifizierung der 70er, werden klar abgelehnt. Statt des Klassenkampfes wird eine Partei des Kampfes um die besten Ideen für unsere Gesellschaft gefordert, um auf Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Lebensbedingungen zu verbessern. Der Marsch durch die Instanzen der SPD unter Einbußen in

Beruf oder der Ausbildung und eines intakten Privatlebens, um etwas bewegen zu können, wird als fern von der Lebenswirklichkeit der Menschen abgelehnt. Wichtig sei eine Öffnung der Partei für Mitglieder und Nichtmitglieder, aber besonders die Ausweitung von Mitbestimmung durch Mitgliederentscheide. Vorwahlen für öffentliche Ämter werden in dem Antrag als wirkliche Beteiligungsmöglichkeit für BürgerInnen und AnhängerInnen der SPD bezeichnet, aber klargestellt, dass Zugangsvoraussetzung

für Ämter und Einfluss in der Partei die Mitgliedschaft ist. Eine effektive Brückenfunktion zu gesellschaftlichen Gruppen durch thematische Arbeit statt Selbstbeschäftigung in immer mehr Arbeitskreisen und Themenforen, ein Rederecht für jedes Mitglied auf Parteitag und die Abschaffung der Antragskommission sind ebenfalls Forderungen. ■

Karin Schuster

PARTEIREFORM IM BLOG

Als SPD Baden-Württemberg dürfen wir ruhig ein bisschen stolz auf uns sein: Kein anderer Landesverband führt eine so breite und offene Diskussion im Internet wie wir. Unter blog.spd-bw.de werden Papiere eingestellt, Debatten geführt, Gastbeiträge veröffentlicht und auf interessante Videos hingewiesen. Die Zugriffszahlen sprechen dabei für sich: Zwischenzeitlich haben über 300 Personen auf das Blog zugegriffen, es sind alles in allem mehr als 50 Kommentare mit teilweise profunden Analysen eingegangen. Am 1. Juni ging es los: Lars Castellucci verfasste als Mitglied der organisationspolitischen Kommission der Bundes-SPD den Eröffnungsbeitrag, daraufhin ging es Schlag auf Schlag weiter. Wir haben die Mitglieder der Steuerungsgruppe im Blog veröffentlicht und ebenso den Fahrplan, wie die SPD Baden-Württemberg die Partei-

reform behandelt. In den Kommentaren schlägt zum Beispiel Lukas Wildermuth nicht nur die „Wahl des Parteivorsitzenden auf Länder- und Bundesebene durch Urwahl“ vor, sondern auch die „Öffnung der Arbeitsgemeinschaften durch Ermöglichung der Mitarbeit von Nichtmitgliedern, das heißt auch Antrags- und Rederecht“. Peter Didszun sieht das ähnlich: „Themenforen, an denen sich auch Nichtmitglieder beteiligen, können Antrags- und Rederecht auf Parteitag haben“. Es gab weiterhin zehn Beiträge mit dem Schlagwort „Basis-Rückmeldungen“. Hier schrieb unter anderem Jan Petter: „Wenn die SPD eine lebendige Partei sein möchte, muss sie eine Meinungsbildung von unten nach oben unterstützen und fördern.“ Cordula Becker schlägt den Bogen zur Bildungspolitik: „Wichtig für mehr politisches Engagement: Änderung von Lehrplänen und Lehrinhalten

in Schulen.“ Weiterhin konnten wir Wissenschaftler für Gastbeiträge gewinnen. Prof. Dr. Christoph Bieber hat für uns einen Beitrag mit dem Titel „Demokratie 2011 – analog statt digital?“ verfasst. Karsten Luckes Text zu „Schlagkraft und Innovation“ ist nicht minder lesenswert. Insgesamt haben sich im Blog über 60 Personen namentlich zu Wort gemeldet – wenn das kein Zwischenerfolg ist! ■

Christian Soeder



Christian Soeder

„Viele Genossinnen und Genossen melden sich zu Wort, dass wir doch vieles längst umsetzen, was da vorgeschlagen wird. Das ist richtig. Vor allem die Beteiligung aller Mitglieder gehört zu unserer politischen Kultur in der SPD Baden-Württemberg. Denken wir nur an die Urwahlen von Spitzenkandidat, zum Landesvorsitz oder die Abstimmung zum Koalitionsvertrag. Hier sind wir Vorreiter und haben etwas beizutragen. Wir können und sollten also ganz selbstbewusst auftreten. Und mehr Beteiligung unserer Mitglieder insgesamt einfordern, und zwar sowohl in Personalfragen als auch bei Sachthemen – und natürlich auch in Baden-Württemberg. Denn Vorreiter zu sein ist Auftrag und Verpflichtung zugleich.“

Lars Castellucci

IMPRESSUM

Verantwortlich:

Andreas Reißig
SPD-Landesverband
Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email:
andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

SCHWARZ-GELBER KAHLSCHLAG VERSCHÄRFT SPALTUNG DES ARBEITSMARKTS

Von Katja Mast, stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales

Die Gespräche mit Weiterbildungs- und Beschäftigungsträgern im Land haben zurzeit nur ein Thema: Die massiven Mittelkürzungen von Schwarz-Gelb in der fördernden Arbeitsmarktpolitik und die geplante Abschaffung von Arbeitsmarktinstrumenten. Egal ob in Freiburg, Göppingen, Stuttgart oder im Neckar-Odenwald-Kreis – alle Träger treibt eins um: Wie sollen wir künftig gewährleisten, dass Langzeitarbeitslose beschäftigt werden können, wenn weder Geld noch gute Instrumente vorhanden sind? Gleichzeitig haben wir Strukturdebatten bei der Bundesagentur für Arbeit; es geht um die Zusammenlegung von Standorten.

Jede dieser Diskussionen führen wir aus einem Grund: Bundesarbeitsministerin von der Leyen plant einen Kahlschlag in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dieser ist einmalig in der bundesdeutschen Geschichte. Und das, obwohl aktive Arbeitsmarktpolitik nichts anderes ist als aktive Bildungspolitik. Dahinter steckt nämlich die Förderung von Ausbildung, Weiterbildung und Beschäftigung für Langzeitarbeitslose mit vielen Vermittlungsschwierigkeiten. Statt Fördern und

Fördern schafft die schwarz-gelbe Arbeitsmarktpolitik das Fördern ab. Die Mittelkürzungen bedeuten alleine in Baden-Württemberg 3,1 Milliarden Euro weniger. Damit wird die Spaltung am Arbeitsmarkt verschärft.

Wir Sozialdemokraten haben aus der Vergangenheit gelernt. Wir wollen Arbeitslose zu Fachkräften qualifizieren – und dort, wo dies auf absehbare Zeit nicht möglich ist, wollen wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem sozialen Arbeitsmarkt anbieten. Dies haben wir im Juli in unserem Antrag „Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren – Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen“ in den Bundestag eingebracht.

Wir wollen mehr berufsqualifizierende Abschlüsse fördern, für Jugendliche die Instrumente so ausrichten, dass sie viel Praxisbezug im Übergang von Schule und Ausbildung bieten und für Langzeitarbeitslose (also Menschen, die länger als zwei Jahre keine Arbeit hatten) einen sozialen Arbeitsmarkt. Hier wird Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert, indem die Mittel für das Arbeitslosen-

geld II in Lohn umgewandelt werden. Hinzu kommt, dass wir bei der Vergabe von Aufträgen der Bundesagentur für Arbeit die Qualität der Arbeit bei den Leistungserbringern stärker berücksichtigen wollen. Das in Baden-Württemberg geplante Tarifreuegesetz ist hierfür ein guter Weg. Gegebenenfalls brauchen wir ein solches auch im Bund. ■



ANZEIGE

SPD-SHOP



Alle aktuelle Materialien können über das Internet unter www.SPD-Shop.de bestellt werden.

SPD-Shop, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, Tel.: 030/25991-200, Fax: 030/25991-360, E-Mail: vertrieb@spd.de

Der SPD-Shop jetzt auf www.spd.de

Der SPD-Shop ist im Internet über www.spd.de zu erreichen. Der Zugang zum SPD-Shop ist derzeit den Mitgliedern der SPD vorbehalten. Dazu ist eine einmalige Registrierung oben auf www.spd.de unter Angabe der SPD-Mitgliedsnummer nötig.

Es ist besonders wichtig, dass ihr euch als Mitglied authentifiziert, ansonsten könnt ihr leider nicht zum SPD-Shop gelangen!

Nach erfolgreicher Anmeldung auf www.spd.de findet ihr den Banner zum SPD-Shop im Bereich „Partei“ und „Mein Bereich“.

Für Fragen wendet euch bitte an:

Registrierungs-/Anmeldeprobleme:
newsdesk@spd.de

Beratung und Verkauf:
vertrieb@spd.de

Aktuelle Materialien zu folgenden Themen jetzt im Shop bestellen

- Schulanfang
- Ehrenabzeichen/Urkunden für langjährige Mitglieder
- Grundgesetz in 10 verschiedenen Sprachen
- Sichere Arbeit-gerechter Lohn

Bestell- und Zahlungshinweise: Die Preise gelten nur für Gliederungen der SPD. Alle anderen Bestellungen sind mehrwertsteuerpflichtig. Für die Teilnahme am Lastschriftverfahren bitte Bankverbindung angeben. Und Kundennummer bitte nicht vergessen.

Herr Schmiedel, nach der Landtagswahl hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann von einer Liebesheirat zwischen SPD und Grünen gesprochen. In welchem Beziehungszustand befindet sich die Koalition gut vier Monate später?

Schmiedel: Das Verhältnis ist freundschaftlich und sachlich, von Liebe würde ich nicht sprechen. Beide Parteien mussten sich in die Regierungsrolle erst hineinarbeiten, da ist am Anfang manches nicht optimal gelaufen. Vor allem die Kommunikation zwischen den Ministerien und zwischen Fraktionen und Kabinetten müssen wir verbessern. Dafür, dass die SPD in Baden-Württemberg 15 Jahre nicht mitregiert hat und die Grünen noch nie, läuft es aber insgesamt sehr ordentlich.

Die Koalition erhöht ab Oktober die Grunderwerbsteuer, hat den Regierungsapparat trotz hoher Schulden um 180 Stellen vergrößert und zankt sich ansonsten über Stuttgart 21. Sieht so ein gelungener Politikwechsel aus?

Schmiedel: Nun mal der Reihe nach. Die höhere Grunderwerbsteuer fließt in den Ausbau der Kleinkindbetreuung, ein wichtiges politisches Ziel. Und der Aufbau der 180 Stellen zählt zu den normalen Demokratiekosten. Eine neue Regierung kann an wichtigen Schaltstellen nicht mit dem Personal der alten Regierung weiterarbeiten, wenn sie andere Schwerpunkte setzt. Im Übrigen haben wir auch 100 neue Steuerprüfer bei den Finanzämtern eingestellt. Die spülen jährlich mehr als über 100 Millionen Euro in die Kasse.

Trotzdem mahnt der Landesrechnungshof mehr Ehrgeiz beim Sparen an.

Schmiedel: Mittel- und langfristig müssen die Personalkosten deutlich sinken. Das Finanzministerium erarbeitet daher nun einen Konsolidierungsplan für die Jahre 2012 bis 2020, der verbindliche Sparauflagen für alle Landesministerien festschreibt. Was wir jetzt erleben, ist nur ein kleiner temporärer Buckel.

Wie groß sind die Haushaltsrisiken durch die Landesbeteiligung am Energieversorger EnBW, der im ersten Halbjahr fast 600 Millionen Euro Verlust gemacht hat?

Schmiedel: Hinter dem Verlust stecken überwiegend Einmaleffekte. Es besteht gleichwohl die Gefahr, dass wir die Zinslasten des von der Vorgängerregierung auf Pump finanzierten Aktienkaufs in den nächsten Jahren zum Teil oder ganz aus dem Haushalt stemmen müssen. Das kann eine Größenordnung von rund 100 Millionen Euro pro Jahr annehmen - eine schwere Hypothek.

CLAUS SCHMIEDEL: „SPINNER SIND IMMER UNTERWEGS“

In einem Gespräch mit Bert Losse von der WirtschaftsWoche hat SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel eine erste Bilanz der grün-roten Regierungsarbeit gezogen.

Wir veröffentlichen das am 1. August 2011 erschienene Interview mit freundlicher Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt.

Weitere Informationen auf www.wiwo.de



Sollte sich das Land von den EnBW-Anteilen trennen?

Schmiedel: Nein, es gibt keine Pläne in dieser Richtung. Wir brauchen bei EnBW eine stabile öffentliche Eigentümerstruktur, damit wir mit dem Unternehmen die Energiewende schaffen können.

Wie bewerten Sie den Beschluss der EnBW, gegen die Brennelementesteuer zu klagen? Ist das ein unfreundlicher Akt gegenüber der Landesregierung?

Schmiedel: Nein, wieso? Ich finde das Vorgehen nachvollziehbar und richtig. Warum soll Geld der EnBW im Bundeshaushalt verschwinden? Der Konzern braucht die Mittel, um vermehrt in erneuerbare Energien investieren zu können. Dass es zwischen der vorübergehend geplanten Laufzeitverlängerung und der Brennelementesteuer einen faktischen Zusammenhang gab, wusste jeder.

Die Regierungspolitik wird derzeit völlig vom Reizthema Stuttgart 21 überlagert. Wie geht es weiter mit dem Bahn-Projekt?

Schmiedel: Nach dem erfolgreichen Stresstest kommt im November die angekündigte Volksabstimmung. Ich rechne mit einer klaren Mehrheit für das Projekt. Dann können wir den Streit um Stuttgart 21 zu den Akten legen.

Eine sehr optimistische Einschätzung. Müssen Sie nicht vielmehr damit rechnen, dass sich der S-21-Protest weiter radikalisiert, wenn das Projekt auf legalem Weg nicht mehr zu stoppen ist?

Schmiedel: Ein paar Spinner sind immer unterwegs. Nicht auszuschließen, dass da einige über die Stränge schlagen. Aber wichtige Meinungsführer und Organisationen wie der BUND wollen das Ergebnis der Volksabstimmung

akzeptieren. Wenn die sich zurückziehen, bleibt nicht viel Protestpotenzial übrig. Nach einer neuen Umfrage sieht selbst die Mehrheit der Stuttgarter Bevölkerung das Projekt inzwischen positiv. Nur noch 34 Prozent sind dagegen.

Einer davon ist allerdings der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann.

Schmiedel: Der Kollege Hermann hat seine Meinung, das ist legitim. Er muss nur darauf achten, die Fakten nicht durcheinanderzubringen. Dass das Verkehrsministerium zum Beispiel den Eindruck erweckt, die Baukosten würden explodieren, ist nicht in Ordnung. Diese Argumentation wird in den nächsten Wochen in sich zusammenfallen - wenn die ersten großen Vergaben für Bauabschnitte öffentlich werden, die angeblich besonders kostentreibend sind.

Und? Sind sie es nicht?

Schmiedel: Nach unseren Informationen liegen wir bei den aufwendigen Tunnelbauten voll in der Kalkulation. Bis November hat das Land eine verbindliche Kostenübersicht für 40 bis 50 Prozent aller Bauleistungen. Wenn da alles im Rahmen bleibt, ist auch das letzte Argument der Stuttgart-21-Gegner widerlegt.

TERMINE

13.09.2011, 19:00 Uhr
Bürgerempfang
Ulm, Roxy

22.10.2011, 19:00-02:00 Uhr
Stuttgarnacht
Stuttgart, Landtag

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Verantwortlich:
Martin Körner
Redaktion:
Martin Mendler
Foto:
Landtag

Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-711/728
Telefax 0711 2063-710/714
zentrale@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg

